

# Die Kinderfrage

oder von der Mär, ein privatwirtschaftliches Rentensystem löse das Demographieproblem

Von Felix Fuders



Neben der persönlichen Bereicherung, den vielen kleinen und großen Freuden, die Kinder ihren Eltern bereiten, stellen Kinder auch eine Bereicherung der Volkswirtschaft eines Landes dar. Inzwischen stellt niemand mehr in Frage, dass das derzeitige Rentensystem, ein Transfersystem, in dem die arbeitende Bevölkerung durch direkten Transfer die Renten der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen trägt, in Zukunft – bei anhaltend niedriger Geburtenrate – nicht mehr funktionieren kann. Eine arbeitende Person müsste dann einen Rentner aushalten. Das ist unmöglich. Häufig wird die Umstellung auf ein privatwirtschaftliches Rentensystem als Lösung propagiert. Lediglich die Frage nach der Art und Weise der Umstellung sei noch zu klären. Die so genannte Riester-Rente, bei der der Staat die private Altersvorsorge fördert, ist bereits ein Anfang dieser Umstellung.

Es bedarf allerdings keines vertieften volkswirtschaftlichen Verständnisses, um nachzuvollziehen, dass auch ein privates Rentensystem bei anhaltender Kinderlosigkeit der Bevölkerung nicht funktionieren kann. Andernfalls hätte man so etwas wie ein volkswirtschaftliches Perpetuum mobile erfunden, das Wohlstand aus dem Nichts herzaubert. Da man nur kaufen kann, was hergestellt wird, hat das Geld, das wir heute sparen und auf Konten zurücklegen, in Zukunft nur dann die gleiche Kaufkraft wie heute, wenn unsere Volkswirtschaft auch in Zukunft eine mit der heutigen vergleichbare Produktivität aufweist. Dies besagt die bekannte Verkehrsgleichung von Irving Fisher, nach der der Wert einer Währung von der Produktivität der Volkswirtschaft im Verhältnis zur umlaufenden Geldmenge abhängt<sup>(4)</sup>. Zentralbanken haben deshalb die Aufgabe, die Geldwertstabilität sicherzustellen, indem sie diese umlaufende Geldmenge an die Produktivität der Volkswirtschaft anpassen, um Inflation oder Deflation zu vermeiden. Steigt

beispielsweise die Wirtschaftskraft des Landes, so sollte sich die umlaufende Geldmenge im gleichen Verhältnis erhöhen, sinkt die Wirtschaftskraft, gibt es also weniger Produkte zu kaufen, so sollte die Geldmenge entsprechend verringert werden.

## Ohne Kinder keine Wirtschaft

Der Wert der Währung hängt also von der Produktivität der Volkswirtschaft ab. Gemeint ist die Volkswirtschaft, auf die sich die Währung bezieht, in unserem Fall also der Euro-Raum, und nicht etwa die Produktivität des Auslandes; denn es ist nicht ersichtlich, warum dieses uns etwas schenken sollte. Mit anderen Worten: Gegen inflationäre Währung wollen ausländische Hersteller ihre Produkte sicher nicht eintauschen. Oder noch anders ausgedrückt: Damit Güter importiert werden können, müssen heimische Güter zunächst exportiert werden, um Devisen einzuneh-

men. Geld ist schließlich ein Tauschmittel. Ein Land, das nichts herstellt, kann auch nichts exportieren und langfristig auch nichts importieren. Die Kaufkraft der Währung einer Volkswirtschaft hängt ausschließlich von der Produktivität des eigenen Volkes ab. Würde heute überhaupt niemand mehr Nachwuchs zeugen und auch niemand zuwandern, so würde die Produktion in 30 Jahren vermutlich stillstehen. Es gäbe niemanden mehr, der arbeitet, nur noch Alte, die aber dennoch Hunger haben und konsumieren möchten. Das gesparte Kapital nützt ihnen nichts, da nichts dafür gekauft werden kann – zumindest nichts Neues, nur alte Produkte. Für moderne ausländische Produkte reicht das Geld nicht, da das Austauschverhältnis zu Fremdwährungen dann so schlecht ist, dass ausländische Produkte nicht gekauft werden können. Man kann das Blatt drehen und wenden wie man will. Der Wohlstand der gesamten Bevölkerung hängt ausschließlich von der arbeitenden Bevölkerung des eigenen Landes ab. Zu einem Produktivitätsrückgang würde es trotz dauerhaft niedriger Bereitschaft, Nachwuchs zu zeugen, zwar nicht kommen, wenn die Pro-Kopf-Produktivität ausreichend stiege, um den Rückgang der Erwerbstätigen zu kompensieren. Angesichts eines zu erwartenden Rückgangs der arbeitenden Bevölkerung um 50% müsste sich die Produktivität pro Kopf dann allerdings innerhalb einer Generation verdoppeln, also um 100% steigen. Kein sehr wahrscheinliches Szenario, da sich die Produktivität pro Kopf nicht beliebig steigern lässt. Eine ebenso rasante Produktivitätssteigerung durch Maschineneinsatz, wie wir sie in den letzten 30 Jahren erlebt haben, ist aufgrund des bereits hohen Grades an Rationalisierung eher unwahrscheinlich.

Unabhängig davon, ob ein privates Rentensystem eingeführt wird oder der Generationenvertrag beibehalten wird, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit zu erheblichen Wohlstandseinbußen kommen, wenn dem Geburtenrückgang nicht entgegengewirkt wird. Das staatliche Rentensystem wird kollabieren. In einem etwaigen privaten Rentensystem – würde es jemals eingeführt – hätte das zurückgelegte Geld später kaum die erwartete Kaufkraft. Die Funktionsfähigkeit eines Rentensystems hängt davon ab, ob die Volkswirtschaft auch in Zukunft genügend Produktivität bietet, und damit davon, ob es heute genügend Nachwuchs gibt. Sowohl ein privates als auch ein staatliches Rentensystem benötigen also für ihre Funktionsfähigkeit zwei Faktoren: Erstens muss Lohnverzicht geübt werden, das heißt, die Bürger müssen einzahlen, und zweitens muss sichergestellt werden, dass auch in Zukunft ausreichend viel produziert wird, was gekauft oder exportiert werden soll. Die Anlage von Sparguthaben in Ländern (und deren Währungen), in denen noch genügend Nachwuchs gezeugt wird, kann indes kein allgemeingültiges Rezept sein, da eine breite Kapitalflucht die Wirtschaft lahm legen würde.

Neben dem dargestellten Verlust an Kaufkraft von Sparvermögen gibt es noch einen weiteren wohlstandsmindernden Aspekt der Kinderlosigkeit. Weniger Nachwuchs bedeutet auch weniger Geisteskraft, weniger Erfindungen, Patente, Know-how. Technologie ist aber ein nachhaltiger Wohlstandsgarant. Nur Produkte, die man nicht mal eben kopieren kann, sichern gefüllte Auftragsbücher unserer Unternehmen und ein günstiges Austauschverhältnis zu den Produkten anderer Länder (Terms of Trade). Die Technologielücke der Entwicklungsländer wird daher auch als maßgeblicher Grund der Armut dieser Länder begriffen.

### Ohne Kinder keine Zukunft

Berücksichtigt man, dass der Wohlstand eines Landes von der Produktivität der arbeitenden Bevölkerung abhängt, unser zukünftiger Wohlstand also von den heutigen Kindern, so erscheint die Entscheidung für Kinder nicht nur eine Entscheidung für mehr individuelle Lebensfreude zu sein. Vielmehr hängt von ihr die Funktionsfähigkeit der gesamten Gesellschaft ab. In Anbetracht dieser Erkenntnis erscheint es als eine kaum in Worte zu fassende Ungerechtigkeit, dass diejenigen Ehepaare, die die Kosten der Kinder tragen und meistens zusätzlich Lohnverzicht auf sich nehmen, weil einer der beiden Ehepartner für die Kindererziehung zu Hause bleibt, sich später eine Rente teilen müssen, obwohl es doch gerade diejenigen sind, die die Rente wie dargelegt erst ermöglichen. Währenddessen bekommen diejenigen Haushalte, die auf Kinder verzichten und damit einerseits Kosten sparen und andererseits häufig mehr Geld im Beruf verdienen, später auch noch die doppelte Rente, da ja beide Ehepartner gearbeitet und „eingezahlt“ haben. Da Kinderlose eher die Möglichkeit haben, Rücklagen zu bilden, kommt noch ein weiterer Umverteilungsmechanismus von Eltern zu den Kinderlosen zum Tragen: Ersparnisse werden verzinst. Geld arbeitet bekanntlich aber nicht<sup>(2)</sup>. Vielmehr sind es Menschen, nämlich die heutigen Kinder, die den Zinsdienst in der Zukunft erbringen müssen<sup>(3)</sup>. Käme es zu einer Umstellung auf ein privates Rentensystem, wäre der Betrag dieser Umverteilung freilich noch ungleich größer. Über die mangelnde Bereitschaft, Nachwuchs zu zeugen, braucht man sich vor dem Hintergrund dieser vierfachen Mehrbelastung von Eltern nicht zu wundern.

### Ohne familienfreundliche Politik keine Kinder

Die Landesgleichstellungsgesetze unterstützen die Kinderlosigkeit und -armut in Deutschland, obwohl sie eigentlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern möchten, wie § 1 des Landesgleichstellungsgesetzes NRW formuliert. Wenn aber kinderlose Bewerberinnen, die nur sich selbst >



zu versorgen haben, pauschal, ohne den Familienstatus zu berücksichtigen und somit auch vor Familienvätern bevorzugt eingestellt werden (und das ist die Realität), dann ist dies der Vereinbarkeit von Beruf und Familie abträglich und im Übrigen ein Verstoß gegen die vom Europäischen Gerichtshof aufgestellten Grundsätze<sup>(4)</sup>. Volkswirtschaftlich sinnvoller, gerechter und mit Art. 3 und Art. 6 GG vereinbar wäre eine Regelung, die unabhängig vom Geschlecht solche Bewerber bei der Einstellung bevorzugt berücksichtigt, die Kinder zu versorgen haben.

Es ist Aufgabe der Politik, ein Umdenken in der Gesellschaft herbeizuführen und der Kindeserziehung eine ebenso große Wertschätzung zuzuerkennen, wie sie die Tätigkeit des Broterwerbs genießt. Eine familienfreundlichere Politik ist allerdings angesichts eines die Familie benachteiligenden Wahlrechts nicht zu erwarten. Die Volksvertreter würden den Belangen von Familien vermutlich mehr Gewicht einräumen, wenn Eltern ein um die Zahl ihrer nicht volljährigen Kinder erhöhtes Stimmrecht ausüben dürften. Das Wahlrecht ist eines der tragenden Säulen der Demokratie. Es ist daher nicht nur familienunfreundlich, sondern insbesondere auch undemokratisch, wenn Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht wahlberechtigt sind. Das Wahlrecht könnte wie andere subjektive Rechte der Minderjährigen bis zur Volljährigkeit von den gesetzlichen Vertretern wahrgenommen werden.

### **Auch die Wirtschaftsordnung als solche ist alles andere als familienfreundlich**

Ein auf Zinsen aufgebautes Wirtschaftssystem zerstört sich in regelmäßigen Abständen selbst<sup>(5)</sup>. Geldvermögen verdoppelt sich schließlich je nach Zinshöhe durch Zinsen und Zinsezinsen in etwa 10-15 Jahren. Selbst der schnellste Rechner der Welt kann mangels fehlender Nullen die dadurch entstehende Zinslast irgendwann nicht mehr rechnen. Das ist die Logik einer Exponentialfunktion. Kein Wirtschaftssystem kann jemals eine so große Wirtschaftsleistung erreichen, um diesen Zinsendienst zu erbringen. Während die

Schulden die heutige Generation macht, sollen die Kinder die Zinsen mit ihrer Arbeit zahlen. Die Zins-Wirtschaft ist auch die Ursache dafür, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird<sup>(6)</sup>. Silvio Gesell sprach zu Recht von einer widernatürlichen Zweiteilung der Gesellschaft in Rentner und Lasttiere<sup>(7)</sup>. Die einen sind die, die arbeiten, also real produktiv tätig sind, und die anderen sind die, die davon leben und deren Privilegien ständig wachsen<sup>(8)</sup>. Der Erfolg der Wettbewerbswirtschaft sollte aber ausschließlich von den Fähigkeiten der Menschen bedingt sein. Weder dem Geld, noch verbrieften Vorrechten, sondern der Tüchtigkeit, der Kraft, der Liebe und der Weisheit sollten Menschen ihre Erfolge verdanken<sup>(9)</sup>.

Übrigens werden die Auswirkungen der Kinderlosigkeit vermutlich nicht erst in Zukunft zu spüren sein. Vielmehr spricht vieles dafür, dass das gemäßigte Wirtschaftswachstum der letzten fast 20 Jahre in Deutschland auch im Zusammenhang mit dem vor ca. 40 Jahren einsetzenden Geburtenrückgang steht. Der so genannte „Pillenknick“ bewirkt seit etwa 25 Jahren einen stetigen Rückgang der Erwerbstätigen bei einer gleichzeitig immer älter werdenden Rentnergeneration. Folglich steigen seit 25 Jahren die Sozialabgaben und, da nicht alle Kosten auf Arbeitnehmer abgewälzt werden, auch die Staatsschulden kontinuierlich, was zu mehr Arbeitslosigkeit und diese wiederum zu höheren Sozialabgaben führt. Paradoxer Weise ist die hohe Arbeitslosigkeit ein Grund dafür, dass sich viele Ehepaare heute gegen Nachwuchs entscheiden; denn dieser wäre womöglich auch von der Arbeitslosigkeit betroffen.

#### **Anmerkungen:**

- 1)** Irving Fisher, *The Purchasing Power of Money – Its Determination and Relation to Credit Interest and Crisis*, New York 1963, insbes. S. 26, 48.
- 2)** Wie treffend herausgestellt wird, vgl. Helmut Creutz, *Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*, München 1993, S. 93 f.; Günter Hannich, *Sprengstoff Geld: wie das Kapitalsystem unsere Welt zerstört*, 2. Aufl. 1999, S. 39 f., 47.
- 3)** Dieter Suhr spricht zu Recht von einer „perversen Lage“, „Generationenbetrug“ und „Zwangsschenkung“ der Eltern von Kindern an die Kinderlosen, vgl. Dieter Suhr, *Das Konzept Rudolf Steiners aus geldtheoretischer Sicht*, Schaffhausen 1988, S. 95 f.
- 4)** EuGH Rs. C-271/91, Slg. 1993 I-4367 und Rs. C-450/93, Slg. 1995 I-3051.
- 5)** Hierzu ausführlicher Felix Fuders, *Eine Wirtschaftsordnung ohne Zinsen – eine Antwort auf die gegenwärtige Weltfinanzkrise*, in: *Zeit-Fragen* Nr. 23/2009, S. 3 f.
- 6)** Helmut Creutz, *Das Geldsyndrom*, S. 57, 77 f., 92, 107 f., 119, 215 f.; Günter Hannich, *Börsencrash und Welt-Wirtschaftskrise – Der Weg in den Dritten Weltkrieg*, 4. Aufl. Rottenburg, 2005, S. 59 f.; Margit Kennedy, *Geld ohne Zinsen und Inflation – Ein Tauschmittel, das jedem dient*, Steyerberg 1990, S. 28 ff.; Dieter Suhr/Hugo Gottschalk, *Optimale Liquidität*, Frankfurt a.M. 1986, S. 56 f.; Jürgen Kremer, *Eine andere unsichtbare Hand des Marktes*, in: *Humane Wirtschaft* 1/2009, S. 10.
- 7)** Silvio Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, 9. Aufl. Lauf 1949, S. 77.
- 8)** Keynes sprach in diesem Zusammenhang von der „steigenden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten“, vgl. John Maynard Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin 1936, S. 317.
- 9)** Silvio Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, S. 12.